



IG BAU kritisiert Arbeitgeber: Das ist kein Angebot!

Tarifverhandlung für das Gebäudereiniger-Handwerk

Berlin, 06.09.2017

Die dritte Runde der Tarifverhandlungen für das Gebäudereiniger-Handwerk hat keine Einigung gebracht. Am heutigen Mittwoch trennten sich die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und der Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks nach sehr schwierigen Gesprächen ohne Ergebnis.

„Die Arbeitgeber haben ein Angebot vorgelegt, das weit von den Erwartungen der Beschäftigten und der guten Entwicklung der Branche entfernt ist. Wir sehen auch keine Bereitschaft, unsere Argumente ernst zu nehmen“, sagte IG BAU-Bundesvorstandsmitglied und Verhandlungsführerin Ulrike Laux. „Die unteren Lohngruppen sind im Niedriglohnbereich, besonders im Osten Deutschlands. Sie wissen es und lehnen trotzdem die Angleichung der Ost-Löhne an die im Westen ab. Unsere Leute sind von Armut bedroht und mit den niedrigen Renten landen sie später in der Altersarmut. Das ist bekannt. Wir fordern deshalb die Arbeitgeber auf, ein Angebot vorzulegen, das diesen Namen verdient und verhandlungsfähig ist.“

Die IG BAU fordert für die rund 600 000 Beschäftigten im Gebäudereiniger-Handwerk einen Euro mehr pro Stunde. Die Lohnangleichung Ost-West muss bis spätestens 2019 erreicht sein. Bereits im Jahr 2011 war dies so vereinbart. Jedoch haben die Arbeitgeber ihre Zusage 2016 einseitig gekündigt. Die Lohnlücke zwischen Ost und West beträgt derzeit rund zehn Prozent. Zudem fordert die IG BAU den Einstieg in ein Weihnachtsgeld.

Eine zusätzliche Vergütung zu Weihnachten lehnen die Arbeitgeber ebenso kategorisch ab, wie die Angleichung der Ost- an die Westlöhne bis 2019. Ihnen schwebt ein Lohnplus von lediglich 2,08 Prozent im Osten und 1,38 Prozent im Westen pro Jahr vor. Bei diesem Angebot blieben die Arbeitgeber trotz intensiver Verhandlungen.

Damit zwingen sie die Beschäftigten auf Dauer in den Niedriglohnssektor und verhindern so eine von ihnen selbst gewollte Professionalisierung der Branche. „Sie sagen, dass ihre Kunden nur einen Billigpreis zahlen wollen. Wir werden in den nächsten Wochen möglichst viele Kunden fragen. Wenn das stimmt, müssen auch diese Umdenken,“ so Laux. Tatsächlich sind die Preise im Verhältnis zu anderen Handwerksarbeiten zu gering. So kann die Anforderung nach Qualität der Arbeit, Hygiene und Sauberkeit nach Ansicht der IG BAU nicht gehalten werden.

„Toiletten, Büros, Kantinen sollen sauber sein, aber Sauberkeit hat ihren Preis, die Leistung der Beschäftigten auch,“ lautet das Fazit von Laux. Das Angebot bedeutet eine einmalige Steigerung in 26 Monaten für die Gebäudereinigerinnen und Gebäudereiniger. Diese soll bei gerade einmal 30 Cent im Westen und 41 Cent im Osten in pro Stunde liegen.

Lokalkompass



To-do für die nächste Bundesregierung: Bessere Perspektiven für Job-Starter

Frankfurt am Main, 06.09.2017

„Die nächste Bundesregierung hat heute einen klaren Arbeitsauftrag bekommen: Sie muss jungen Menschen mehr Sicherheit im Beruf und damit eine bessere Perspektive geben. Denn Job-Starter stehen auf ‚wackeligem Boden‘ – Berufseinsteiger werden viel zu oft mit befristeten Arbeitsverträgen abgespeist“, sagte Robert Feiger. Der Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) reagierte damit auf die am heutigen Mittwoch vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Zahlen zur „Qualität der Arbeit“.

Demnach ist die Zahl der befristet Beschäftigten in den letzten zehn Jahren von 2,4 auf 2,8 Millionen angestiegen. 36 Prozent von ihnen konnten keine Dauerstelle finden. In der Gruppe der unter 30-Jährigen hat sogar jeder Vierte einen befristeten Arbeitsvertrag. „Wer nur einen Job auf Zeit hat, der hat auch die größeren Schwierigkeiten, sein Leben auf eigene Beine zu stellen – von der Wohnungssuche bis zur Familiengründung“, so Feiger.

Befristete Arbeitsverträge ohne sachlichen Grund seien „eine Zumutung für die Beschäftigten und eine Unkultur vieler Betriebe“. Typisch hierfür sei die Gebäudereinigung: „Hier sind Arbeitsverträge mit Verfallsdatum an der Tagesordnung – Jahresverträge sind gang und gäbe“, erläuterte der IG BAU-Chef. Er kritisierte, das Prinzip „Heuern und Feuern“ passe nicht zum Beschäftigungsboom. „Und schon gar nicht zu dem Wunsch der Menschen nach einer soliden Lebensplanung“, so Feiger.

Die befristete Beschäftigung sei eines der drängendsten Probleme, das die neue Bundesregierung in der Arbeitsmarktpolitik unbedingt anpacken müsse. Voraussetzung hierfür sei allerdings, dass das Arbeits- und Sozialressort der neuen Bundesregierung dafür „genug arbeits- und sozialpolitische Beinfreiheit bekommt“. In der Großen Koalition seien zwar äußerst wichtige Punkte wie der gesetzliche Mindestlohn, die Rente mit 63 und die Regulierung der Leiharbeit umgesetzt worden. Die nächste Bundesregierung müsse nun die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung ganz oben auf die To-Do-Liste setzen. „Es ist allerdings bedauerlich, dass Union und FDP dies schon im Wahlkampf strikt ablehnen“, so Feiger.

Schon in der zu Ende gehenden Wahlperiode hätten CDU/CSU ein verbrieftes Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit regelrecht blockiert, obwohl dies im schwarz-roten Koalitionsvertrag vereinbart gewesen sei. Wie groß dieses Problem sei, zeigten die heute vorgelegten Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Demnach arbeiteten Vollzeit-Beschäftigte im Schnitt 41 Wochenstunden. Bei Teilzeit-Beschäftigten sind es lediglich 19 Stunden. „Das führt besonders bei Frauen zu Lohnbußen und niedrigen Renten“, so Robert Feiger.

Der IG BAU-Bundesvorsitzende warnte die politischen Akteure davor, die Themen Arbeit und Soziales „im Wahlkampf als politische Beiboote lediglich mitzuschleppen“. Schon in den Fernsehduellen dieser Woche seien diese viel zu kurz gekommen. Dabei gehe es um handfeste Probleme, die den Menschen auf den Nägeln brennen würden.

„Auf der einen Seite haben wir einen Beschäftigungsboom und seit Jahren sinkende Arbeitslosenzahlen. Auf der anderen Seite gedeihen Minijobs, Befristungen und Teilzeit“, sagte Feiger. Millionen Menschen seien mittlerweile vom wirtschaftlichen Aufschwung abgekoppelt. Das spiele Rechtspopulisten, die etwa Geringverdiener und Flüchtlinge gegeneinander ausspielen wollten, in die Hände, warnte der IG BAU-Chef.

Lokalkompass